

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Oldenburgische Volkszeitung  
1919**

2 (3.1.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-82232](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-82232)

# Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Besteaer Zeitung, Dammer Nachrichten), Zentralorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3.45 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.87 Mark; zweimonatlich 2.30 Mark, durch die Post frei ins Haus 2.68 Mark; einmonatlich 1.15 Mark, durch die Post frei ins Haus 1.29 Mark. Einzelnummern 10 Pf. Probeummern acht Tage gratis und franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 2 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 2 Pfennig, für die Restamezeile 75 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telefonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Beilagen: Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft (Mittwochs), Heideblumen (Freitags).

[Das Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft wird während der Kriegszeit nicht beiliegend.]

Nr. 2. | Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5. Postfachkonto: Hannover 7908. | Besta, Freitag, 3. Januar 1919. | Zweiggeschäft: i. Oldenburg: W. Barckmann, Achterstraße 51, Fernspr. 1032. | 86. Jahrgang

## Zentrum und Protestanten.

In einem beachtenswerten Aufsatz im roten "Tag" (Nr. 303) über Religion und Politik im neuen Deutschland befaßt sich der protestantische Theologe Professor R. Dunkmann mit dem neuen Zentrum und der Stellung, die die Protestanten zu ihm einnehmen sollten. Er legt dar, daß es eine Zeit lang zweifelhaft erschienen konnte, ob das religiöse Moment nach wie vor in unserer Politik eine Rolle spielen würde. Dies hätte ganz vom Zentrum abgehängt, denn die evangelische Konfession hätte es nie zu einer politischen Gruppe gebracht und fühlte sich infolge der Revolution auch nicht annähernd in der Lage, eine solche zu erzeugen. Hier konnte nur Hilfe vom Zentrum kommen und sie kam. Das Zentrum hat sich entschlossen, ein altes, religiös orientiertes Programm beizubehalten. Es ist nicht gesonnen, vom Schauplatz der inneren Geschichte Deutschlands abzutreten. ... Aber das Zentrum ist sich doch auch bewußt geworden, daß die gewaltige Umwälzung in der Verfassung unmöglich für die innere Politik bedeutungslos sein und bleiben kann. Die christlich-religiöse Orientierung blieb auf allgemeine rechtlicher Basis sozial-ethischer und religiöser Forderungen. Die konfessionelle Verbrämung, die sonst schon und im Prinzip bekanntlich von Jaus an ausdrücklich geeignet wurde, ward nunmehr unter dem Druck der Verhältnisse mit erneuter Schärfe abgelehnt. Das neue Zentrum will nichts anderes sein als ein christliche Volkspartei, die der christlichen Religion feineres Dogma, sondern lediglich Ethik entnimmt und sich für die Religion nur freie Selbstbestimmung, dazu Schutz und Sicherung seitens des Staates sichert. Man muß gestehen, daß diese Neugestaltung des Zentrums auf einem überaus glücklichen Instinkt sowohl für das Empfinden breiter Massen im Volke wie für eine zukünftige Gestaltung der Politik beruht. Wozu jetzt noch den Unterschied zwischen dem evangelischen und katholischen und evangelischer Religiosität hervorheben, wenn doch beide Kirchen für die ihnen ergebenden Volksteile gemeinsamen und schwersten Aufgaben entgegengehen? Zudem liegt es in der Eigenart evangelischer Religiosität, daß sie in ihrer Subjektivität und Innerlichkeit es niemals zu selbständigen Parteibildungen zu bringen vermag. Hier konnte das religiöse Moment immer nur im Zusammenhang mit anderweitig politischen Tendenzen wirksam sein, wie bei den Konservativen. Nachdem diese anderweitigen Stützen aber gefallen waren, war es bei lange der Dinge ausrichtlos, das evangelische Volksempfinden frei aus sich selbst zu politischer Selbsternennung zu bewegen. Ganz anders das Zentrum, das nicht nur eine religiöse Einheit, sondern auch eine politische Schulung mitbrachte, sodaß die Selbstständigkeit einer bürgerlichen Gruppe vor religiöser Standpunkt aus gewährleistet schien. Hätte das Zentrum seine geschichtliche Vergangenheit nicht hinter sich, so würde es schwerlich jetzt mit Erfolg diesen Weg betreten haben. Damit ist aber für die evangelischen Teile des Volkes m. E. der Weg vorgezeichnet. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn diese sich nunmehr dem Zentrum anschließen würden. Alle Befürchtungen, die sich leicht daran knüpfen, würden gegenstandslos werden, wenn es gelingen würde, dem Zentrum größere Massen evangelisch-denkender Mitglieder zuzuführen. Man vergesse auch nicht, daß es sich um die Wahl zur Nationalversammlung handelt, nicht um Wahlen zu bundesstaatlichen Parlamenten. Auf diesen wird nach wie vor die konfessionelle Betonung unvermeidlich sein. Aber für die Nationalversammlung kommt lediglich die allgemeine Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche in Betracht sowie sonst für die Gesetzgebung die Regelung des Einflusses der Kirche auf das öffentliche Leben des Volkes. Es ist kein Grund einzuführen, weshalb in diesen ganz allgemeinen Fragen beide Konfessionen nicht Hand in Hand gehen könnten!

## Das neue Deutschland.

### Steuerpläne der Reichsregierung.

WTB Berlin, 30. Dez. Der Weltkrieg hat dem deutschen Volke ungeheure Leiden auferlegt. Sie können nur getragen werden, wenn sie gerecht verteilt werden. Deshalb sind Vermögen und Einkommen in jeder Form erheblich schärfer als bisher heranzuziehen. Ein durchgreifender Ausbau der direkten Steuern muß die Grundlage des neuen Steuerwesens bilden und ungekürzt in Angriff genommen werden.

Zu diesem Zweck hat der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Staatssekretär des Reichsschatzamt folgendes beschlossene:

1. Zunächst sollen die Kriegsgewinne eingezogen werden und zwar in der Form einer außerordentlichen Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918, wodurch die durch Gesetz vom 28. Juli 1918 eingeführte Abgabe vom Mehreinkommen und von Vermögen bei Einzelpersonen auf ein weiteres Jahr erlöst und die Erhebung der Abgabe vom Mehrgewinn der Gesellschaften für das 5. Kriegsjahr fortgesetzt wird, nachdem durch Verordnung vom 15. Novbr. 1918 bereits die Bildung einer Kriegsteuerrücklage in Höhe von 80 v. H. des Mehrgewinns (gegenüber bisher 60 v. H.) vorgeschrieben worden ist.

2. einer außerordentlichen Abgabe vom Vermögenszuwachs, durch welche die während der Dauer des Krieges entstandene Vermögensmehrung dergefallen erfaßt werden soll, daß sie unter Schonung kleiner Beträge in vollstem Umfang wieder der Allgemeinheit zugeführt wird. Die bereits auf Grund des Kriegsteuergesetzes vom 21. Juni 1916 bezahlte Steuer wird angerechnet.

3. Von dem nach Einführung der Kriegsgewinne verbleibenden Vermögen soll eine große allgemeine Vermögensabgabe erhoben werden, die, in starker Progression ansteigend, jedoch die Grenze der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht überschreitet, Familienstand, Alter und Erwerbssituation des Steuerpflichtigen berücksichtigen und zum Mindesten in der Art ihrer Erhebung den verschiedenen Gattungen der Vermögensanlage Rechnung tragen wird.

4. Die Veranlagung muß auf einen bestimmten Stichtag abgestellt werden. Um jedoch die hiermit verbundenen unvermeidlichen Unzulänglichkeiten auszugleichen, insbesondere das sich noch nachträglich bildende neue Vermögen in entsprechender Weise zu belasten, soll im Anschluß an die Vermögensabgabe ein Ausbau der Besteuer erfolgen.

5. Die hohen Einkommen sollen stärker belastet werden, indem eine Reichseinkommensteuer mit weiter gestiehrer Progression mindestens für diese Einkommensteuertufen eingeführt wird.

6. Die einzelnen Einkommenquellen sollen in erweitertem Umfang der Besteuerung erschlossen und dem Reiche zugänglich gemacht werden. Eine Kapitalertragssteuer soll die Erträge des Kapitals (Renten, Dividenden, Hypothekenzinsen), eine Betriebsertragssteuer, die einen gewissen Mindestbetrag übersteigenden Gewinne geschäftlicher Unternehmen erfassen.

7. Die Erbschaftsteuer soll unter Weiterführung der Progression stark erhöht werden. Sie soll auf Abkömmlinge und Ehegatten ausgedehnt werden. Für die Höhe des Abgabebetrags soll nicht nur der Betrag der Erbschaft, sondern auch die Vermögenslage des Erben berücksichtigt werden.

8. Eine besondere Abordnung soll dafür sorgen, daß die zu erlassenden Gesetze auch wirksam, gleichmäßig und gerecht ausgeführt werden. Die Veranlagung soll liberal in die Hände finanztechnisch besonders vorgebildeter Personen geleitet werden. Soweit nicht schon die neu zu erhebende Steuermodalität zu einer maßhaltigen Einkünfte führt, soll sie

durch staatliche Zwangsmittel unbedingt gesichert werden.

Die Entwürfe zu 1 (Einführung der Kriegsgewinne) sind bereits fertiggestellt. Ihre Veröffentlichung ist angeordnet. Auch die übrigen Maßnahmen sind in Angriff genommen und sollen so schnell wie möglich zum Abschluß gebracht werden.

Die Reichsregierung: Ebert, Scheidemann. Der Staatssekretär des Reichsschatzamt: Schiffer.

## Der Wilhelmshavener Rier Rat gegen die Reichsregierung.

Dem auf unabhängigen sozialistischen Boden stehenden Rier Rat geht die Entwicklung der Dinge in Berlin in sehr unerwünschter Richtung. Er hat deshalb seiner Befürchtung, ob die Richtung Ebert-Scheidemann es wagen wird, die Regierungsgewalt ... an sich zu reißen, durch folgendes Telegramm, das am Samstagabend nach Berlin ging, Ausdruck gegeben:

„Nach uns zugegangenen zuverlässigen Mitteilungen ist die Richtung Ebert-Scheidemann bestrebt, als Nutznießer der Revolution die Regierungsgeschäfte an sich zu reißen. Der Rier Rat protestiert ganz entschieden gegen diese rein parteipolitischen Wachsenwärtchen. Dieses Vorgehen drängt zum Bürgerkrieg. Deshalb warnen wir ganz ernstlich und ermahnen, daß die Krisis im Interesse des Protektorats und somit des deutschen Volkes gelöst wird.“

„In dem Beistell (Mitteltagsblatt der N. S. R. Republik“ vom 31. Dez.) wird dann gesagt, daß ein Sieg der Mehrheitssozialisten nur ein Pyrrhusieg sein werde. Ueberhaupt der ganze Artikel ist mit Drohungen angefüllt, denn was anders bedeuten u. a. folgende Sätze?:

„Wir müssen uns darüber klar sein, daß die linksstehenden Parteien ihr Recht, mitzuregieren, erlärmpfen werden müssen“, ferner „Was schert es diese Herren (Mehrheitssozialisten), daß viellecht über kurz oder lang die Reibung eine so starke wird, daß Erzele nicht mehr zu vermeiden sind“ und „Es kann nicht lange dauern, bis das Maß die ihm zustromende Fülle nicht mehr zu fassen vermag und überläuft.“

Es ist uns klar, daß die Kämpfe im Sozialismus um die Macht nicht erloscht sind. Die Restitierung der Unabhängigen wird sie noch schärfer hervortreten lassen, zumal diese durch keine Rücksichten auf ehemalige Angehörige in der Regierung in ihren Vänen gehemmt werden. Die oben angeführten Drohungen der Unabhängigen deuten darauf hin, daß etwas im Werke ist. Sowieviel gewisse Nachrichten über Bestrebungen auf Errichtung einer selbständigen Regierung der Unabhängigen und Radikalen für das Reich außerhalb Berlins auf Totsachen beruhen, kann man nicht prüfen. Jedenfalls würde durch derartige radikale Verände eine Unsicherheit in unser ganzes staatliches Leben hineintragen, die dieses verdrängen müßte. Dann haben wir russische Zustände und den Feind im Lande, und wir haben nicht Frieden, Brot, Arbeit und Ordnung.

## Französische Anmerksungen auf das Saargebiet.

Bern, 29. Dez. Die hochgespannten Erwartungen, die sich an die neftige und vorgefertigte Sitzung der französischen Kammer geknüpft hatten, sind bisher nicht in Erfüllung gegangen. Bei dem bisherigen Stand der Erörterungen scheint der Stoß, den die Sozialisten gegen Clemenceau führen wollten, ein Schlag ins Wasser zu sein. Die Ausführenden Cadix, der als erster Interpellant ein Schlag ins Wasser zu sein. Die Ausführenden Cadix, der als erster Interpellant die Rednertribüne bestieg, bildeten auch den Höhepunkt der Interpellationen. Das Interesse an den übrigen Interpellationen stante ab. Schließlich ging die Diskussion in das übliche Fahrwasser über.

Nus den Erklärungen C a h i n s verdienten folgende Punkte hervorgehoben zu werden: Er kritisierte sehr scharf das englisch-französische Abkommen über Syrien, das in Einflusssphären geteilt worden sei, ganz gegen den Willen der Einwohner, die nur das französische Protektorat wünschten.

Cachin erklärte dann, er schneide jetzt die Frage der künftigen Beziehungen mit der deutschen Republik an. Auf allen Vänten, mit Ausnahme der Linken, erhoben sich bei diesen Worten stürmische Proteste. Cachin fuhr dann fort: Die Frage wird in einigen Tagen seitens der Friedenskonferenz angeschnitten werden. Die Kammer muß alsdann ihre Ansicht zum Ausdruck bringen. In Gläubigerkreisen zeigen sich gewisse Kreise sehr beunruhigt über Beziehungen, die Frankreich mit dem Feinde haben werde, der den Krieg in so wenig ritterlicher Weise geführt habe. Bei diesen Worten brach einmütiger Protest aus. Cachin fuhr fort: Diese Kreise wollen nicht, daß gegen Frankreich derlei Protest erhoben werden könnte, der gegen Deutschland fünfzig Jahre lang erhoben worden ist. Kein einziger Deutscher kann gegen seinen Willen annektiert werden. Es handelt sich hier um Annexionen und Nichtannexionen des linken Rheinufers und des Saarbeckens. Von Annexionen wollen er nichts wissen. Er lasse nur die Schleifung der Festungen und die Neutralisierung des Gebietes zu. (Zuruf aus dem Zentrum: Wir haben ja gesehen, wohin das in Berlin geführt hat!)

Der Vorsitzende des Außen Ausschusses der Kammer, Franklin Bonillon, erklärte bezüglich des linken Rheinufers, es entspreche das auch den Wünschen des Außen Ausschusses (vor rechts und vom Zentrum wird gerufen: Aber nicht hinsichtlich des Saarbeckens!). Der Deputierte de la Haye erklärte: Der Außen Ausschuss hat das Saarbecken einmütig gefordert. Man hat die Frage von einem Plebiszit abhängig gemacht. Cachin erwiderte: Ja, wohl, aber die beiden Sozialisten des Ausschusses haben sich gegen die Annexionen geäußert.

Nach diesen Ausführungen lebte das Interesse nur noch auf, als Cachin die Notwendigkeit eines Völkerverbundes betonte. Wilson wollte einen solchen, erklärte er. (Zus dem Zentrum rief man: Aber ohne die Deutschen!) Als Cachin bemerkte, der Völkerverbund nicht verwirklicht werden, wurde ihm von rechts zugeworfen: Aber erst, wenn die Deutschen bezahlt haben! Einige Hiate Wilsons wurden von der Kammer mit eigigen Schreien angenommen; nur die Sozialisten klafften. Schließlich erklärte Cachin: Kein Volk dürfe für die Handlungen verantwortlich gemacht werden, für die es nicht verantwortlich ist. (Protest außer auf der Linken.) Wir haben den Völkervertrag; es muß ein Völkerrfrieden kommen. Ich verlange das von unserer Regierung und verlange auch von ihr, daß sie bei den Friedensverhandlungen auf die Gewalt verzichtet, die das Verderben unserer Zeit war.

In der neftigen Vormittagsitzung gaben dann verschiedene Minister und Staatssekretäre noch einige Erklärungen weniger wichtiger Natur ab. Die Sitzungen dauern weiter. Es ist möglich, daß in den weiteren Verhandlungen noch interessante Augenblicke kommen werden, besonders, wenn Clemenceau, wie er

Besitz von Heeresgut aus unlauteren Quellen wird bestraft mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und 100 000 M. Geldstrafe. Darum: Liefert ab! Reichsverwerkungsamt, Berlin W 8, Friedrichstraße 66.

sch bereit erklärt hat, bei der Erörterung der einzelnen Artikel in den einzelnen Fragen Rede stehen wird.

### Zum Waffenstillstand.

**Drohung mit dem Abbruch der Waffenstillstandsverhandlungen.**

U. Haag, 31. Dez. Nach Meldungen aus Paris berichtet der „Temps“ nach Informationen, die er aus dem Hauptquartier erhalten hat, daß die amtliche Zurückhaltung von Vertretern der mit der Entente im Kriegszustand befindlichen Mostauer Sowjet-Regierung auf deutschen Boden den Alliierten die Fortführung der Waffenstillstandsverhandlungen und die Einleitung von Friedensverhandlungen unmöglich machen wird.

### Wilson und die Neugruppierung der Mächte.

London, 30. Dez. Wilson führte in seiner Antwort auf die Adresse der City von London weiter aus:

Es sei sehr interessant, daß von allen Seiten bei ihm darauf gedrungen werde, daß jetzt kein Mächtegleichgewicht mehr herrschen dürfe, sondern daß eine übermächtige Gruppe von Nationen die Garantie für den zukünftigen Weltfrieden darstellen müsse. Die Völker der Erde wollen den Frieden nach der Eroberung, sondern durch eine Übereinkunft. Wilson hätte es als seine Pflicht angesehen, durch Ratshläge das große, um nicht zu sagen endgültige Unternehmen der Menschheit zu unterstützen. Wilson erklärte in seiner Antwort weiter: Ich bin noch nicht auf den eigentlichen Schlachtfeldern gewesen, aber ich habe verschiedene Männer besucht, die mitgekämpft haben, und ferner habe ich das Vergnügen, einer Sitzung der französischen Akademie beizuwohnen, und zwar als Gast für deren Mitglied ernannt wurde. Der starke, ruhige Soldat sprach keine Siegesworte, er sprach nur einfache Worte von seiner Vereinerung für seine Soldaten. Dann gab er seiner Überzeugung Ausdruck in Worten, die ich nicht wiederholen will, aber dem Geiste nach wiedergeben: er sagte, daß Frankreich sich immer daran erinnern werde, daß die kleinen und schwachen Nationen keinen Weltfrieden haben können, wenn nicht die großen und mächtigen ihre Kräfte in den Dienst des Rechts stellen. Das will sagen, daß etwas getan werden müsse, um die Bestürfte in Kraft zu halten, und daß das Recht in der Welt herrschen muß. Das charakteristischste der alten Weltordnung war das, was wir das Mächtegleichgewicht nennen. Dieses wurde durch unglückliche Nachsicht und durch den Antagonismus unserer Interessen aufrechterhalten. Jetzt herrscht das allgemeine Gefühl vor, daß dieses Mächtegleichgewicht durch eine einzige Gruppe von Nationen mit überwältigender Macht ersetzt werden müsse.

Interpretiert man diese Ausführungen im Geiste Wilsons, so ist ihr Kern in der Erkenntnis zu suchen, daß auch die Macht an bestimmte, durch keine dialektischen Kräfte zurückbare Formeln gebunden ist, die durch Recht und Moral gesetzt sind. Gerade England hat früher stets mit diplomatischem und sehr bedrohlichem militärischem Nachdruck die Dosis von Gleichgewicht der Kräfte verschoben, um hinter diesen dialektischen Kräfte kein Hebergewicht unmaßstäblich in die Waagschale zu werfen, um den günstigen Augenblick des Uebermaßverhältnisses restlos auszunutzen. — Nur das Recht, — das ist die Idee, die Wilson immer wieder zum Ausdruck bringt und zu deren Durchführung er nach Europa gekommen ist, — nur das Recht ist fähig, eine neue Weltordnung zu bestreiten und das dauernde Gleichgewicht bei der Neugruppierung der Mächte herzustellen.

### Frankreich.

**Einleiten Clemenceaus?**

Paris, 31. Dez. Senats-Kammer. Clemenceau erklärte: Wenn man uns ankündigt, daß Gericht gehalten werde, muß man sich darauf gefaßt machen, daß große und kleine Wägen sich vor dem Forum des Gerichtes messen werden. Mit größter Gewissenhaftigkeit betrachte ich die Angelegenheiten meines Landes. Ich denke unaussprechlich an die sofortigen Entscheidungsgestaltungen, worauf Frankreich ein Anrecht hat. Es gibt Ansprüche, die ich durchsetzen muß. Ich will sie hier nicht nennen. Es gibt solche, die ich vielleicht im höheren Interesse opfern würde. Jeder wird seine Ansprüche selbst verteidigen. Wir trugen den Sieg davon, und es ist unser Pflicht, dafür zu sorgen, daß der Sieg für das Wohl der Menschheit die günstigsten und moralischen Ergebnisse haben werden. (Lebhafter Beifall.) Wenn einzelne Opfer bringen müssen, bin ich bereit, sie zu bringen. Ich habe alle Ungerechtigkeiten wieder gut zu machen. Die Verhandlungen werden beginnen. Wilson ist von dem

offenen Geiste besetzt und stößt durch die Einfachheit seiner Sprache und seine hohen Ideen Respekt ein. Es werden Beisprechungen vollbracht sein. Wenn wir nicht zur Einheit gelangen, würde der Sieg nur ein kurzer sein, und das gewaltige Unglück würde sobald wieder beginnen. Es ist unmöglich, mit den alten Steinen und nach alter Methode ein neues Gebäude aufzuführen. Wollen Sie den Geist in die alte Diplomatie einführen, bin ich mit Ihnen. Wir werden uns alle Mühe geben, dem Lande zu dienen, wenn Sie uns Ihr Vertrauen schenken. Aber wenn Sie beabsichtigen, die Führer zu wechseln, so tun Sie es sofort, denn Sie könnten es mitten auf dem Wege nicht mehr tun. (Anhaltender Beif.)

Dern, 1. Jan. In seiner Rede in der Pariser Kammer führte Clemenceau nach einem ergänzenden Bericht noch aus: In diesem Augenblick organisieren die Länder ihre Verteidigung in der Absicht, gute Grenzen, Abstützungen und alles zu haben, was sich unter den Begriff des Gleichgewichts der Kräfte stellen läßt. Dieses System scheint das Urteil gesprochen zu sein, aber wenn ein solches System vor dem Krieg bestanden hätte, wenn England, Frankreich, Amerika und Italien übereingekommen wären, so sagen, daß, wer immer einen von diesen Bund anreißt, die ganze Welt angreift, dann hätte dieser Krieg nicht ausbrechen können. Dieses Bündnisystem, dem ich nicht einfallen kann, wird mein Leitbande auf der Friedenskonferenz sein. Ich werde eine internationale Organisation annehmen, über die übrigens noch keine Arbeit herrscht, mit besonderen Garantien für Frankreich, ganz besonders, wenn diese Garantien ermöglichen, die Aufwendungen für die militärischen Vorbereitungen zu verringern. Man sagt, man sehe einer neuen Cerebrität entgegen. Ich bitte, doch einmal über die Weltkarte nachzudenken. Die Völker haben sich seit der Ewigkeit aufeinandergeköpft.

### Verstärkung der Kräfte

**Im Kampf gegen bewaffnete Vandalen.**

U. B. Dornau, 2. Jan. (Draht.) Am 31. Dezember abends kam es in der Nähe des Gewerksvereins zu einem Zusammenstoß zwischen Sicherungstruppen und einer bewaffneten Bande, die die Absicht hatte, das Hauptwertdepot zu plündern. Die Bande hatte blutige Verluste.

### Geneue Ausfuhrbeschränkungen.

U. B. Berlin, 2. Jan. (Draht.) Nach den neuerdings von der Entente erlassenen Wagnisbeschränkungen für die Ostsee ist die Einfuhr von Pottasche und Emaillegeschirren nach Schweden nicht gestattet.

Die Nachricht von der Verfassung Madagaskars wird von der ungarischen Regierung bemerkt. Die Entente plant allerdings eine solche Maßnahme. Die englischen Dominions sollen die Versicherung erhalten haben, daß die deutschen Kolonien nicht an Deutschland zurückgegeben werden.

In Weinstadt herrscht keine diktatorische Gewalt herrschaft. Um Anordnungen der Berliner Regierung kümmert man sich nicht.

Wilson hat England wieder verlassen.

Der Zustand des deutschen Kaisers hat sich wesentlich gebessert.

Wilson wird heute nach Rom reisen, trotzdem die Ministerie in Italien noch nicht erfolgt ist.

Der belgische Kolonialminister erklärte, daß die Frage der belgischen Kolonien der Entscheidung der großen alliierten Mächte überlassen wird.

Nach dem „Daily Chronicle“ soll für die Sitzungen der Friedenskonferenz in Versailles keine Zensurbeschränkung gemacht werden.

Die kaiserliche Regierung ist damit einverstanden, daß die Verpflegung der Entente-Truppen im besetzten deutschen Gebiet, über die sie Gebühre bezahlt.

Die alliierten Staatsmänner sollen nach dem Echo de Paris nicht vor dem 15. Januar in Versailles zur Besprechung zusammenkommen.

Die Spanier gingen mit 73 Stimmen aus den ersten Wahlen hervor. Sie erstreben völlige Unabhängigkeit für Andalusien.

Die Entente hat energische Maßnahmen getroffen, um eine gute Behandlung des deutschen Eisenbahnpersonals, das die Maschinen absteht, sicherzustellen.

Die Schweiz trifft energische Maßnahmen gegen die Einführung bolschewistischer Ideen aus Deutschland.

Ein sozialistischer Aufruf in der französischen Kammer auf Mobilisierung der russischen Expedition wurde mit 330 zu 134 Stimmen abgelehnt.

Die französischen Wahlen sollen einen Monat nach der Demobilisierung stattfinden.

In Gnesen haben die Polen die Stadt übernommen, ebenso in Schrimm, Czempin und sonstigen kleineren Städten.

Von polnischer Seite wird mitgeteilt, daß in einer gemeinsamen Sitzung des U. S. des Obersten polnischen Volksrats, des Komman-

dierenden Generals sowie des Oberpräsidenten zwischen den Parteien eine Einigung erzielt wurde, die eine Genüß für bietet, daß in Zukunft Ruhe und Ordnung herrschen wird.

Die deutschen Gebiete Westpreußens protestieren energisch gegen die polnischen Abtrennungsbestrebungen deutscher Gebiete.

Die Wahlen zur Nationalversammlung in den besetzten Gebieten werden von der Entente zugelassen, außer für Elsaß-Lothringen.

Die Japaner haben die Einberufung von fünf weiteren Jahrestreffen angeordnet. Die japanischen Truppen sind nur einige Tage mährche vom Ural entfernt.

Wilson kann die Schweiz nicht besuchen.

Der Erzbischof von München erklärt in schärfer Weise, daß er in keinerlei Beziehungen zu der in München geplanten Bürgerwehr gestanden habe und daß er in keiner Weise die Gloden für Alarm zur Verfügung zu stellen sich bereit erklärt hat.

### Deutsches Reich.

#### Von unserer Oper e

**Riga wird von den Deutschen geräumt.**

U. B. Riga, 2. Jan. (Draht.) Am Sylvesterabend haben die deutschen Streitkräfte der eisernen Division ihre Stellung bei Jigenberg räumen und sich auf die Jagstellung zurückziehen müssen, die nur wenige Kilometer von Jüga entfernt ist. Der deutsche Befehl, der sich tags zuvor im Panzerwagen in die vordere Stellung begeben hatte, um sich über die Lage zu unterrichten und die Truppen zum Widerstand anzuweisen, traf die schwachen Streitkräfte bereits in einer so bedrohten Lage, daß ein Halten der Stellung am eigenen unmöglich schien. Die englische Flotte hat sich aufstehend erklärt, ihrerseits helfend und schützend einzugreifen. Unter diesen Umständen ist, nachdem der Abtransport aller Truppen sich wohl vollzogen hat, die Räumung Riga nach in dieser Woche beschlossen worden.

#### Ein Demersl.

U. B. Berlin, 2. Jan. (Draht.) Von einem Ultimatum, daß die im Baltikum gelandeten Engländer an das Oberkommando und damit an die deutsche Regierung gerichtet haben sollen, nicht nur die Volkswirtschaft auf der bisherigen Linie aufzuhalten, sondern auch Paß und Wenden wieder zu nehmen, andernfalls würde die Entente in Deutschland einrücken, ist weder hier an zuständiger, noch bei Ober-Dst etwas bekannt.

### Der Zentralausschuß des Zentrums in Frankfurt.

U. B. Berlin, 31. Dez. Der Zentralausschuß der deutschen Zentrumspartei trat gestern in Frankfurt a. M. zusammen. Von den Parteimitgliedern hatten sich 30 bis 40 Herren eingefunden. Anwesend waren der Staatssekretär Erzberger, Herold, Bagam, Dr. Falke, Müller-Gulka, Uebel u. a. Die Verhandlungen trugen streng vertraulichen Charakter.

### Der Papst zur Trennung von Kirche und Staat.

Der St. Vater hat an den Preussischen Erzbischof zu Händeln des Herrn Erzbischofs von Köln, Kardinal von Hartmann, das nachstehende Schreiben gerichtet:

Aus dem Vatikan, 7. Dez. 1918. Eminenz, hochwürdigster, verehrtester Herr! Seine Heiligkeit der Papst ist bei der väterlichen Liebe, die ihn mit Euer Eminenz und mit den Katholiken Deutschlands verbindet, mit lebhafter und heftigster Anteilnahme den neuen politischen Gegebenheiten gefolgt, die einen so wesentlichen Wechsel in die Verhältnisse zwischen Staat und Kirche gebracht haben, und so auch die feste und ungetrübte Ausübung der kirchlichen Religion bedrohen, für die so viele edle und geschätzte Seelen ihr Leben und ihr Leben eingesetzt haben.

Und während die Verfassungen und Soreen Euer Eminenz und des gläubigen deutschen Volkes im Herzen des Heiligen Vaters widerhallen und sich verstärken, kann er nicht umhin, die Ansehensvollheit und die der Bischöfe von katholischer Heiligkeit zu nehmen, mit der sie die Stimme erheben haben zur Verteidigung der Rechte, welche die katholische Kirche in Preußen unter den wechselvollen Ereignissen der vergangenen Jahrhunderte mit vieler Mühe zu bewahren verstanden hat und welche man jetzt mit einem Schloße unterdrücken möchte. In besonderer Freude gerührt ist ihm die Kunde, daß die deutschen Katholiken, die zu anderen Zeiten, wie es bekannt, mit unermesslichem Mut schwere Prüfungen ertrugen und überdauern haben sich fest und voll am Schutze der bedrohten Rechte erheben und für die Aufrechterhaltung einer Verfassung eintraten, die zum Grundpfeiler den Volkswohlstandes hat, der ja das wirksamste Mittel zur Hebung des edlen Geistes und des rechtlichen Staatsbürgers ist.

Daher lobet der Heilige Vater, der mit Herz und Sinn bei seinen Kindern weilt, in diesen harten Prüfungen und diesen heiligen Kämpfen ein warmes Wort der Anerkennung und der Ermunterung. Jesus.

der höchste und ewige Herr der Seelen, der für das ewige Heil dieser Seelen Blut und Leben dahingegen hat, wird diese edlen und großzügigen Bestrebungen vom Himmel herab segnen und mit ganz besonderer Fürsorge alles begleiten, was seine Ehre tun und leiden in seinem heiligen Namen.

Was es auch gegenwärtig den Anschein haben, als schwebte die deutsche Kirche in Gefahr, von dem Sturm Verwirrungen zu werden, das hll. Herz Jesu wagt und wird bald wieder über den dortigen auserlesenen Teil seiner Herde die Fülle und Kraft seines göttlichen Schutzes leuchten lassen.

Als Unterpfand dieser großen Gnadenfülle kehren der Heilige Vater Euer Eminenz und Euer eifrigen Mitbürgern und dem ganzen gläubigen Volke seinen besonderen Segen.

Indem ich Vorstehendes mitteile, ihm, Sr. Eminenz dem Herrn Kardinal v. Hartmann, Erzbischof von Köln Euerer Eminenz ergebenster P. Card. Casparri.

### Zur Wahlbewegung im Reich.

**Wahlvorbereitungen in Hannover.**

Die Einigungsbestrebungen der bürgerlichen Parteien, insbesondere der auf christlicher Grundlage aufgebauten, haben in Hannover, wie uns von dort mitgeteilt wird, besten Anhang gefunden. Zentrum und Deutsch-Hannoveraner haben im 16. Wahlkreis zur Nationalversammlung gemeinsam eine Liste aufgestellt. Im 15. Wahlkreis (Osnabrück-Odenburg) ist das Gleiche zu erwarten. Eine zu dieser Frage Stellung nehmende Versammlung von 5000 Personen in der Stadthalle zu Hannover stimmte dem Wahlbündnis mit großem Beifall zu. Das gleiche Wahlbündnis ist für die preussische Wahl getroffen. Verbündete Liste mit allen bürgerlichen Parteien wird angestrebt.

### Zur Wahlbewegung in Odenburg.

**Reichsgerichtsrat Burloge und die Odenburg. Eisenbahner.**

Schon bevor die odenburgische Zentrumspartei sich mit der Frage der Kandidatur Burloges beschäftigt hatte, wurde sein Name als Kandidat von U. S. zentrumsseitig in die Presse gebracht und zugleich darauf hingewiesen, daß die Arbeiter wegen seiner früheren Tätigkeit im Landtage mit seiner Kandidatur nicht recht einverstanden sein würden. Diese letztere Mitteilung kam wohl für den allergrößten Teil der Zentrumsanhänger vollständig unerwartet. Man konnte sich diese Auffassung nicht erklären, weil von dem Reichsgerichtsrat Burloge so bekannt war, daß er sich in seiner früheren Stellung als Landtagsabgeordneter immer auch der Interessen der arbeitenden Stände mit Eifer angenommen hat. Die Anklagen gegen ihn wollten aber nicht verflümmen. Besonders wurde ihm vorgeworfen, daß er die Wünsche der Eisenbahner mit Berücksichtigung behandelt habe. Als ein Arbeitervertreter auf einer Versammlung, wo dieser Vorwurf wieder erhoben wurde, die Frage stellte, ob man einen Beweis für die Unbilligkeit gegen Burloge habe, mußte man dies allerdings verneinen. Aber trotzdem ein Abgeordneter, der 7 Jahre mit Burloge zusammen im Landtag war, erklärte, er könne aus seiner Kenntnis der Tätigkeit Burloges im Landtage nur feststellen, daß er sich immer mit Wärme der arbeitenden Klassen angenommen habe, wie auch ein Blick in den Bericht über den Landtag 1908, dem Burloge angehörte, bestätigt, hören die Anklagen nicht auf.

Man darf wohl annehmen, daß nun alle von der Grundlosigkeit ihrer Anschuldigungen gegen Herrn Reichsgerichtsrat Burloge überzeugt worden sind. Sollte aber noch irgend jemand an diesen Vorwürfen festhalten, die anscheinend von sozialdemokratischer Seite, die diesen höchsten Mann und zu führenden Gelehrten der Nationalversammlung nicht gern fernhalten möchte, aufgebracht sind, so wollen wir hier den feingebildeten Verbandsrat Burloge aus der Landtagsperiode vom 7. April 1908 folgen lassen, wo der Abgeordnete Burloge zu der Vorlage der Eisenbahner betr. Aufhebung der Abgabe der Eisenbahner, und zu den dazu eingegangenen Petitionen das Wort ergreift. Er führt dort aus:

M. H. Es wird durch den zweiten Antrag des Ausschusses auf eine Petition der Eisenbahner der Strecke Essen — Sennar ein erachtet. In dieser Petition wird ausgedrückt, daß die Strecke einbetrifft dieser Strecke einen erheblichen niedrigeren Lohnsatz besorgen haben gegenüber den Arbeitern derselben Kategorie auf der Strecke Drenth — Essen, also auf der Strecke Essen — Sennar. Ich danke Ihnen, daß diese Angelegenheit jetzt zur Entscheidung kommen soll. Ich kann in der Tat keinen Grund dafür erkennen, warum man hier noch an einem Unterschied festhalten müsse; denn die Lebensbedingungen sind doch gleich für die Arbeiter, ob sie auf der Strecke Essen — Sennar oder auf der Hauptstrecke Drenth — Essen arbeiten. Tatsächlich hat es die Arbeiter unangenehm berührt, daß sie, wie es vorgekommen ist, mit den anderen Arbeitern zusammen bei derselben Arbeit beschäftigt wurden, obgleich sie nun nebenbei fanden, der eine Teil 6 Pfg. weniger bekam, als der andere Teil. Ich nehme an, daß hier ein gerechter Ausgleich jetzt vorgenommen werden soll.

Was die ganze Gehaltsaufbesserung anlangt, so möchte auch ich betonen, daß es von Seiten

der Beamten durchaus als gerecht angesehen wird, wenn jetzt, wo für sie die Gehaltsaufbesserung erfolgt, auch die Eisenbahnarbeiter in eine glänzendere Lage versetzt werden. Der Eisenbahnbeschäftigten und der Landtag selbst haben übrigens auch in der Vergangenheit bewiesen, daß sie ihre Augen für die Bedürfnisse der Arbeiter offen halten. Im Jahre 1900 ist ein achtprozentiger Zuschlag und im Jahre 1903 ein weiterer dreiprozentiger Zuschlag bewilligt worden; es verdient seitens der Arbeiter Anerkennung, daß Landtag und Staatsregierung von Landtag zu Landtag immer die Aufbesserung der Löhne im Auge behalten haben. Um so erfreulicher ist es, daß jetzt gleichfalls ein größerer Sprung gemacht wird, und diese Maßnahme wird nicht verfehlen, Befriedigung in den meisten Kreisen hervorzurufen.

Es ist früher schon aus den Kreisen der Arbeiter herab erklärt worden: Wir erkennen es als richtig an, daß ein allmähliches Aufsteigen der Eisenbahnarbeiter in höhere Lohnsätze stattfindet. Wenn ich nicht irre, findet bis zu einem gewissen Zeitpunkt ein Zuschlag von jährlich 10 % statt, und wenn dieser Zeitpunkt erreicht ist, wird der Zuschlag nur alle zwei Jahre gegeben. Ich möchte zur Erwägung anregen, ob man nicht das Aufsteigen von Jahr zu Jahr anstatt alle zwei Jahre noch etwas weiter hinausschieben könnte.

Was die Freifahrtfrage anlangt, so weiß ich, daß namentlich auch ältere Arbeiter sich gewissenmaßen dadurch zurückgelehrt fühlen vor den jüngeren Beamten, daß die Arbeiter sehr niemals mehr einen Freifahrtchein bekommen, während jüngere Beamte diese Vergünstigung in gewissen Umfange haben. Es ist in dieser Beziehung eine Änderung einzutreten gegenüber den Vorschriften in älterer Zeit. Ich will diese Änderung im ganzen nicht ohne weiteres ablehnen. Ich meine aber doch, daß man — mit gewissen Beschränkungen, die Mißbräuchen vorbeugen könnten — auch den älteren Arbeitern Freifahrtcheine geben sollte. Es liegt nahe, denjenigen Männern, die ständig bei der Eisenbahn beschäftigt sind, in dieser Richtung eine Vergünstigung zu gewähren.

Endlich möchte ich bitten, die Urlaubsbefreiung nicht aus dem Auge zu verlieren. Ich halte es für durchaus berechtigt, daß die Arbeiter, die schon längere Zeit im Dienst der Eisenbahn stehen, im Sommer ohne Lohnabzug kürzeren Urlaub bekommen, vielleich beginnend mit drei Tagen. Das ist eine Ausspannung, die man den Arbeitern gönnen könnte, die für Leib und Seele mühsamswert ist. Es sind bereits verschiedene Eisenbahnverwaltungen in dieser Richtung vorgegangen. Ich verkenne die Schwierigkeiten nicht und bewillige von vornherein nicht den ganzen Willen der Eisenbahnverwaltung. Aber ich meine, daß es als allmählich fortzubringen möglich, dem Urlaub einen größeren Raum zu gewähren. Man wird vielleich Vereinbarungen treffen können, daß in diesem Jahre ein Teil Urlaub hat und im nächsten Jahre ein anderer Teil; dabei können sich die Verwaltungen selbstverständlich auf mehrere Monate verteilen. Was es in einzelnen zu machen ist, kann ich nicht so gut beurteilen, weil die Herren aus der Praxis. Ich möchte nur um wohlwollende Erwägung auch in dieser Frage ersucht haben.

**Gegensätze in der Oldenburgischen Sozialdemokratie.**

Wer kennt nicht von früheren sozialdemokratischen Parteitagungen das Wort, daß eine große Partei, wie die Sozialdemokratie, es sich leisten könne, ihre Wähler vor aller Öffentlichkeit zu wachen. Der Bezirkstag in Oldenburg am 29. Dezember zeigte, daß die Kritik immer noch die härteste Seite der Genossen ist, nur mit dem Unterschied, daß sie sich nicht gegen die jogen Bürgerlichen richtete, sondern gegen den auf gemäßigten Boden stehenden Teil der oldenburgischen sozialdemokratischen Partei. Schon der Bericht des Führers Hug über die politische Lage fand Widerspruch, weil er in seine Scheidemann gehalten ist. Vor verschiedenen Seiten wurde der Rücktritt Eberts und Scheidemanns gefordert, während Hug warm für sie eintrat. Besonders scharf wurde Genosse Heilmann-Oldenburg, der gleich Hug als gemäßigter bekannt ist, angegriffen. „Die große Masse der Arbeiter läßt sich nicht von Heilmann meistern“, „Genosse Heilmann, es ist heute nicht an der Zeit, in Zeitungsartikeln zu gehen“, u. a. mehr zum Ausdruck die Grundstimmung der Sitzung. Ein Genosse machte das Gefändnis, daß es besser gewesen wäre, nach den ersten Revolutionstagen die Nationalversammlung einzuberufen, weil damals alles noch viel begünstigt war als heute. Ja, es hat viel Wasser in den Revolutionswein gegossen werden müssen, so daß die „Beneuerung“ fast auf weniger als den Nullpunkt ankommen ist. Die „Erfolge“ der Revolution haben sich tatsächlich viele Sozialdemokraten doch etwas anders vorgestellt, als die Wirklichkeit ergeben mußte. Namentlich für die härtere Tonart in der Partei ist auch die Debatte über die Kandidatenaufstellung. Der langjährige Führer Hug mußte sich lassen, daß Kritiken, besonders die Soldaten, ihn nicht mollten. Von einer Kandidatur Hug müsse abgesehen werden, worauf Hug antwortete, daß er bei den Soldaten verurteilt worden wäre. Deren Vertreter ver-

langten natürlich Ruht an erster Stelle, was jedoch abgelehnt wurde. Wir teilen das Vorstehende aus dem Berichte des Parteitagung mit, nicht als ob die bürgerlichen Parteien sich von diesen Gegenständen, die dort zum Ausdruck kamen, etwas verheißten, sondern um festzustellen, daß der Einfluß der radikalen Elemente, besonders der Matrosen, in der sozialdemokratischen Partei mehr und mehr die Oberhand zu gewinnen droht. Natürlich würde das auch eine Rückwirkung auf das Verhältnis der Partei zu den bürgerlichen Parteien Oldenburgs haben.

**Aus dem oldenburgischen Münsterlande**

Behta, 2. Jan.  
Eine Annäherung des Soldatenrats in Alshorn.

Wie im Wilhelmshafen und anderen Orten hat bekanntlich auch der Soldatenrat Alshorn eine Bekanntmachung über Anmeldung und Abgabe von Schutzwaffen im Privatbesitz erlassen. Um irigen Auffassungen vorzubeugen, sei auf eine Verfügung der Reichsregierung hingewiesen, wonach nur die Ablieferung von aus Heeresbeständen stammenden Waffen verlangt werden kann.

Die „Weser-Zeitung“ bringt darüber folgende Notiz in Nr. 908 vom 29. Dezember: Halle, 28. Dez. Auf Veranlassung des nationalliberalen Landtagsabgeordneten Keil hob die Reichsregierung die Verfügung des Hallischen Soldatenrats auf, welcher unter Androhung hoher Gefängnisstrafen die Abgabe sämtlicher Waffen aus Privatbesitz erzwingen wollte. Die Reichsregierung teilt mit, daß nur die Ablieferung von aus Heeresbeständen stammenden Waffen verlangt werden darf.

Die Besetzung der Ausschüsse des Alshorner Soldatenrats ist also nicht zu Recht erlassen. Eine Verfügung zur Anmeldung und Ablieferung von Waffen im Privatbesitz, die nicht aus Heeresbeständen stammen, besteht demnach nicht.

Drei Versammlungen finden hier am Freitag, dem 3. Januar, statt. Herr Vorlage und Herr Hagemann werden in jeder Versammlung sprechen. Die Versammlung am Vormittag (11 Uhr) ist für die Redner und die Mitglieder der Gemeindeauschüsse, überhaupt für alle, die in der Agitation stehen, bestimmt, um genaue Anweisungen über die Art und Weise der Agitation entgegenzunehmen. Die Versammlung am Nachmittag (2 Uhr) ist allgemein. Es sind dazu vor allem die Frauen und die Wähler aus der Landgemeinde Vedsta und den Hochbargemeinden (Spinde, Luffen, Coldenitz, Wisbek, Langförden, Bekum, Westrup) eingeladen, die dann mit der Bahn zurückfahren können. Der Besuch der Versammlung in Vedsta ist für die umliegenden Gemeinden ja etwas schwierig, besonders unter den jetzigen Umständen, aber da leider wegen der kurzen Zeit es nicht möglich ist, ein einigen weiteren Orten zu sprechen, so bleibt keine andere Möglichkeit. Darum also auf nach Vedsta! Abends 8 Uhr findet die dritte Versammlung statt, zu der wohl in erster Linie die Bürger Vedsta's und das hiesige Militär erscheinen werden.

Reichsgerichtsrat Vorlage und Arbeitersekretär Hagemann werden in den nächsten Tagen an verschiedenen Orten, wo besondere Umstände es wünschenswert erscheinen lassen, Vorträge halten. Da der ganze Wahlkreis berücksichtigt werden muß, kann naturgemäß nur eine beschränkte Anzahl Orte in Betracht kommen. So wünschenswert es an sich wäre, wenn die genannten Herren überall erscheinen könnten, so liegt wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit die Unmöglichkeit leider auf der Hand. Deshalb mag man nicht unwillig werden, wenn nicht alle Wünsche in dieser Hinsicht befriedigt werden können.

Die Ankündigungsversammlungen müssen überall sämtlich begonnen werden, damit die verbleibende Zeit voll ausgenutzt werden kann. Versammlungsleiter und Redner haben über die Unpünktlichkeit der Zuhörerhaft oft zu klagen. Deshalb muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die ganze Versammlung unter solcher Unpünktlichkeit zu leiden hat.

Die Gemeindeauschüsse, besonders deren Vorstehende, machen wir nochmals darauf aufmerksam, die Revision der Wählerlisten nicht zu verachtmäßen. Der Zeitpunkt dafür endet mit dem 6. Januar. Also tut Eile not.

Der Unterricht für sämtliche Klassen der katholischen Volksschulen beginnt am Dienstag, dem 7. Januar.

Dahle, 1. Jan. Lehrer Josef Boet aus Dinklage, früher Lehrer in Dybbö, übernahm mit dem 1. Jan. 1919 die Verwaltung der zweiten Lehrstelle in Dybbö.

Dahle, 1. Jan. Lehrer Josef Trpe aus Vedsta, früher Lehrer in Alshorn, ist zum 1. Jan. 1919 in Vedsta in Vedsta.

Eisen i. D., 1. Jan. Heute fand hier eine Versammlung des verstarbten Gemeindeauschusses für die Zentrumsparkei im Schwemmannen Lokal statt, zu der sich die Mitglieder zahlreich einfinden ließen. Es wurde über die Versammlungen in Oldenburg und Danabück berichtet und verschiedene Fragen erörtert. Am Samstag, dem 4. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, wird sodann unser Kandidat, Herr Reichsgerichtsrat Vorlage, im Schwemmannen Lokal sprechen. Trotz der unangünstigen Zeit darf auf zahlreichen Besuch gerechnet werden. — Eine Hochflut hat hier schon viele Wege überflutet, so daß sie nicht mehr passierbar sind; auch die Hebeweisen sehen nicht unter Wasser. — Im benachbarten Hengelage

poll auch noch eine Wahlversammlung für unsere Zentrumsparkei stattfinden. Man hofft, Herrn Maschke aus Nörthingen als Redner zu gewinnen. Es ist in Hengelage gut für die Zentrumsparkei vorbereitet und agitiert worden. Für die Wahl werden mehrere Wagen gestellt, damit die Verwöhnten, sowie die alten und gebrechlichen Leute zur Wahl kommen können. — Am 31. Dezember fand hier bei guter Beteiligung eine Freijagd statt; doch wurden nur ein paar Hasen geschossen. Der Wildfang war sonst ziemlich gut, aber augenblicklich scheinen hier auch mehr Jäger als Hasen zu sein.

Hemmelte, 31. Dez. Eine erfreuliche Veränderung ist für die bevorstehende Wahl zur Ratkollektive in der Gemeinde Dahle getroffen. Dieselbe ist in zwei Wahlbezirke teilt: Kasrup mit den Bauerschaften außer Hemmelte und Euhle. Letztere bilden einen eigenen Wahlbezirk mit 858 Wahlberechtigten. Wahlvorsteher ist Bezirksvorsteher A. Haumann und dessen Vertreter Jeller Gerdes-Euhle; des Wahllokals ist der Wm. Wichmann in Hemmelte. So ist es möglich, daß alle ihr Wahlrecht ausüben können und zweifellos auch ausüben werden. — Vor einiger Zeit fanden Kinder hier eine große Trube, die Kasse einer durchziehenden Heeresabteilung. Dieselbe war erbrochen und ihres Inhalts an Geld, man sagt etwa 2800 Mk., beraubt. Auch ein großer Haufen Papiere fand sich in der Nähe eingescharrt, Abrechnungen und Schriftstücke nebst Drucksachen und Büchern. Außerdem wurde eine kleinere Geldkassette gefunden, ebenfalls zertrümmert und ihres Inhalts beraubt. Die Sache ist der Polizei angezeigt.

**Aus der Westküste und dem Norden.**

Oldenburg, 2. Jan.

Das erste Symphoniekonzert (im Abonnement) findet Freitag, dem 3. Januar 1919, statt. Zur Aufführung gelangen: Brahms 3. Symphonie F-Dur und Bruckners 7. Symphonie E-Dur (zum ersten Male). Der Beginn des Konzerts ist ausnahmsweise auf 7 1/2 Uhr festgesetzt. Die Alpengymphonie von Richard Strauß und sein Karakullstra wird von der Bremer Philharmonischen Gesellschaft am 6. und 7. Januar zur Aufführung gebracht. — Bis 6 Uhr abends und Sonnabends bis 7 Uhr dürfen im Monat Januar die Läden offen gehalten werden.

Die letzten Patrezen des Trillerteamments Nr. 62 sind hier getrennt früh eingetroffen und haben die Kaserne an der Denerstraße bezogen. Am Nachmittag fand zu Ehren des Regimentes eine Festhochzeit im Speisesaal statt, dem sich am Abend eine Begrüßungsfeier in der Union angeschlossen, woran sich der Musikrat und Stadtrat, sowie der Verein „Barbara“ regen beteiligte.

Der Nebergang in das neue Jahr vollzog sich hier leider in wenig erfreulicher Weise. Während es vor Mitternacht in den Straßen auffallend still war, setzte doch 12 Uhr ein riesiges Gejohle und Geschrei ein. Vor allem waren sich Gruppen Angstrümmter darin hervor, die Unschickliche zu verdrängen. In dem Drängen und Schreien wurde eine große Spiegelfeinde zertrümmert, ob aus Versehen, Unvorsichtigkeit, oder um zu plündern, läßt sich nicht feststellen.

ha. Eine Liste, die dem Großherzog zur Gratulation beim gestrigen Jahreswechsel überreicht wurde, lieferte hier in den letzten Tagen. Zahlreiche Bürger der Stadt hatten ihren Namen in die Liste eingetragen, ein Beweis, daß der Großherzog hier noch viele Sympathien besitzt und man ihn nur ungern von hier scheiden sieht.

**Neueste Nachrichten.**

keine bolschewistischen Umtriebe der deutschen Gesandtschaft in Warschau.

Berlin, 2. Jan. (Draht.) Gegenüber der in verschiedenen polnischen Zeitungen gebrachte Behauptung, daß die deutsche Gesandtschaft in Warschau sich mit bolschewistischen Umtrieben befaßt und die Vermittlung mit polnischen Sozialisten übernommen habe, wird mitgeteilt, daß die Nachrichten erlogen ist. Weder der deutsche Gesandte Graf Kestler noch ein anderes Mitglied der Gesandtschaft hat unmittelbar oder mittelbar in irgend einer Form mit den polnischen oder russischen Bolschewisten in Verbindung gestanden. Alle Nachrichten über die Aufhebung eines von der deutschen Gesandtschaft angegetelsten Maximalistenkomplexes und über Gelder, die von deutscher Seite hierfür bereit gestellt worden seien, sind vollständig erfunden. Die Regierung erwartet die Veröffentlichung der angeblich in dem Besitz der polnischen Regierung gekommenen Beweismittel mit Mißtrauen.

Besichtigung der Luftschiffanlagen durch die Entente.

Berlin, 2. Jan. (Draht.) In den nächsten Tagen trifft eine Kommission von 3 Offizieren der Entente, von Spaa kommend, in Berlin ein, um in Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen die Marineluftschiffe in Dübörborg und Friedrichshafen zu besichtigen.

Streik und Ausperrung im Berliner Kellnergewerbe.

TU. Berlin, 2. Jan. (Draht.) Der Kellnerstreik hat als Gegenmaßregel die Sperrung der Unternehmen gebracht. Die öffentlichen Kaffeehäuser haben den Betrieb nicht wieder aufgenommen, die großen Restaurants bleiben geschlossen.

In den Hotels werden nur Gäste aufgenommen, die von auswärtig zumeilen. Die Zahl der freilebenden und ausgeperrten Kellner, Köche und Cochinistilpersonen wird heute auf rund 15 000 berechnet. Hierzu kommen die arbeitslosen Kellner, deren Zahl auf 5000 berechnet wird.

Die Entente gegen USA. und gegen Streiks.

TU. Köln, 2. Jan. (Draht.) Anlässlich eines Überfalls auf den Bürgermeister des benachbarten Ortes Schleibach sind von drei britischen Besatzungssoldaten ein Leiter der 28 Mitglieder des U. G. F. sowie einige Personen, die zu letzteren in näheren Beziehungen standen, verhaftet und nach Köln abtransportiert worden. Die Verhaftung ist erfolgt, ohne daß darauf von den deutschen Behörden irgendwelcher Einfluß ausgeübt wurde.

Bei einem Streik im industriellen Werk Oberhassel in Düsseldorf, an dem sich etwa 100 Personen beteiligten, hat die belliger Besatzungsbehörde eingegriffen und die Führer, die mit der belliger Behörde verhandeln wollten, verhaftet und nach Belgien abtransportiert.

Die unbezweifelten Frontsoldaten.

M. B. München, 2. Jan. (Draht.) Ueber neue Verhaftungen berichtet die M.-Augsb. Abendzeitung: Am Abend des Neujahrsnachts wurden von Soldaten unter den heftigsten Drohungen gegen die augenblicklichen Wachhabhaber 10 heftige Angriffe gerichtet, daß der gesamte Frontsoldatenrat des Inf.-Leibreg., ferner der Oberst Espjome 2 Offiziere des Regiments auf Befehl Eisners verhaftet wurden. Die beiden Offiziere sind dem Militärgericht übergeben worden.

Ausgleichungen während der Neujahrsnachts in München.

TU. München, 2. Jan. (Draht.) Die Wähler bringen längere Verichte über die wilde Schierei in der Neujahrsnacht, in der mit Maschinengewehr, Revolvern und Sandgranaten geschossen wurde. In der Grundstraße kam es vor dem katholischen Gesellschaftshaus zu einem Zusammenstoß zwischen Erzbedienten und militärischen Sicherheitswachen, in dem auch Sandgranaten verwendet wurden. Es gab 9 Schmerzwunden. Die Wähler bestätigen, daß Waffen aller Art im Besitz von Unberufenen sind und daß eine große Verletzung des Publikums zu verzeichnen sei.

Zusammenschluß der italienischen Sozialisten.

TU. Vafel, 2. Jan. (Draht.) Aus Rom wird gemeldet: Nach einer Meldung der „Stampa“ haben die italienischen Sozialisten aller Richtungen sich zwecks eines gemeinsamen tatkräftigen Handelns zusammengeschlossen.

Rückkehr Wilsons aus England.

W. B. Calais, 2. Jan. (Draht.) Havas. Der Präsident und Frau Wilson kamen heute hier an und führen dann, nach Besichtigung der englischen und französischen Truppen, nach Paris weiter.

Amerikareise des französischen Präsidenten?

W. B. Paris, 2. Jan. (Draht.) In einer Unterredung mit einem amerikanischen Journalisten erklärte Poincare, er hoffe nach Friedensschluß, vielleich im Juni oder Juli nach Amerika zu reisen.

Vorbereitungen zur Friedenskonferenz.

W. B. London, 2. Jan. (Draht.) Reuters meldet: Vaffour hatte eine längere Unterredung mit Oberst Houle. Diese Besprechung war die Fortsetzung der Konferenz Wilsons mit Lord George und führte zur Beschlußfassung über Einzelheiten der Organisation der Friedenskonferenz.

Uebergabe der deutschen U-Boote in neutralen Häfen.

W. B. Santander, 2. Jan. (Draht.) Havas. Die Zeitungen melden die Ankunft von zwei englischen Torpedobootszerörern, die gemäß den Waffenstillstandsbedingungen die in neutralen Häfen internierten U-Boote übernehmen sollen. Die Uebergabe dieser U-Boote soll unter Mitwirkung der spanischen Behörden stattfinden.

Verantwortlicher Schriftleiter: C. Thole, Vedsta. Druck und Verlag: Vedstaer Druckerie und Verlag, G. m. b. H. (U. Sommerfeld, Verleger), Vedsta.

**Zentrums-Versammlung (christliche Volkspartei) in Behta.**

Am Freitag, dem 3. Januar 1919,

nachmittags 2 Uhr und abends 8 Uhr,

finden im Schäfer'schen Saale

**Öffentliche Parteiversammlungen**

statt, in der die beiden ersten Kandidaten unseres Wahlkreises,

Reichsgerichtsrat Vorlage-Bejzig und Arbeitersekretär Hagemann-Danabück sprechen werden. Frauen und Männer, insbesondere auch die Soldaten, sind zum zahlreichen Besuche der Versammlungen eingeladen. Die Besucher aus den anliegenden Gemeinden können die Züge zur Rückfahrt benutzen.

Der Gemeindeauschluß Behta.

**Bekanntmachung.**

Zur Verteilung an die minderbemittelte Bevölkerung... Die Abgabe der Samen an die Verbraucher erfolgt zu mäßigen Preisen gegen vom Amtsvorstand mit roter Linie ausgefertigte Bezugsscheine.

**Amst.** Vechta, den 31. Decbr. 1918.

**Der Höchstpreis für Rindfleisch wird bis auf weiteres auf 2,30 Mk. für das Pfund festgesetzt.**

**Ueberschreitungen des Höchstpreises werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. bestraft.**

**Amst.** Vechta, den 28. Dember 1918.

**Bekanntmachung.**

Nach Mitteilung der Molkerei Dammne sind in der Gemeinde Dammne in verschiedenen Haushaltungen Butterkisten für Milchschleifer in größerer Anzahl vorhanden als Personen ihnen angehören.

**Amst.** Vechta, den 2. Januar 1919.

**Die Ausgabe von Eiern erfolgt am Freitag, dem 3. d. Mts. für die Buchhändler A—G einschl. in den beiden Verkaufsstellen.**

**Von heute ab kommt auf Absatz 11 der weissen Warenkarte 1/2 Pf. Stimpf zur Ausgabe.**

**Die Küchen-Abfälle und Speisereste des 1/65. J. N. in Vechta sind zu ergeben.**

**Pferde-Verkaufsanzeige**

**für Freitag, den 3., Sonnabend, den 4., Montag, den 6., Dienstag, den 7., Mittwoch, den 8. und Donnerstag, den 9. Januar,**

**Es kommen an diesen Tagen je ca. 200 Truppenpferde**

**leichtere und schwerere Schlages zu den bisher betragenen Bedingungen zum Verkauf.**

**Verhandlungen sind bis zum 9. Januar, vormittags 9 Uhr auf dem Pferdemarkt in Oldenburg.**

**Im Auftrage des Garnisonkommandos: Die Pferdeverkaufskommission.**

**Erzeugerhöchstpreis für Speisefarctoffeln.**

**Raktosferezeuger erhalten für Speisefarctoffeln, die sie vom 1. Januar 1919 an abliefern, neben dem Grundpreise von 5,50 Mk. eine Aufbahrungsgelddiener von 1,25 Mk. für jeden Zentner.**

**Am 14. Januar auf Station Schneidberg für Hagel und Deller.**

**Am 15. Januar auf Station Schneidberg für Bischof, Galle und Endel.**

**Am 16. Januar auf Station Richterfeld für Rechterfeld, Borchert, Hogenbögen und Barchhorn.**

**Am 18. Januar auf Station Lutten für Dollen und Hefrup.**

**Am 20. Dezember 1918.**

**Erzeugerhöchstpreis für Speisefarctoffeln.**

**Am 14. Januar auf Station Schneidberg für Hagel und Deller.**

**Ammonial-Stickstoffdünger!**

Jeder Landwirt ist nach meinem neuen Verfahren instande, sich aus eigenen Erzeugnissen des Betriebes mehrere hundert vorzüglichen Ammonial herzustellen.

**U. Klevorn, Osterappeln i. Hann.**

**Roggen-Abnahme**

**am Donnerstag, dem 9. Januar auf Station Neuenkirchen und Freitag, dem 10. Januar auf Station Neuenkirchen.**

**Samstag, den 4. Januar, vormittags 11 Uhr anfangend, werden bei Wirt Bröding in Dintlage**

**18 Militärpferde und diverse Pferdegeschirre**

**Wildfelle**

**Erteile Privat-Unterricht.**

**Gutes Herren-Fahrrad**

**100 000 Bohnen-Kaugen.**

**Mutterschwein.**

**Suche ein Pferd.**

**Verhard-Hund.**

**Kleine Familie sucht Wohnung**

**Entlaufen**

**Verloren**

**Reisender**

**Ia. Schellfisch**

**empfehlst W. Schoster, Vechta.**

**Preussische Südd. Klassen-Lotterie.**

**Lose** zur 1. Klasse, Ziehung 7. u. 8. Jan. sind zu haben auch unter Nachnahme.

**Otto Wulff, Oldenburg i. Gr., Preuss. Lot.-Einnahmeverw., in Vechta: Ed. Siegel, in Vohne: W. Kömann.**

**Den geehrten Besoehnern von Batum u. Umgebung zur Nachricht, daß ich an jedem Sonn- und Feiertage, sowie am Tage vorher bei Wirt Louis Beckmann in Batum anwesend bin zum**

**Rasieren und Haarscheiden.**

**Friseur Bötmann, Emsfel.**

**Habe meine Praxis wieder übernommen.**

**Meyer, Amtstierarzt.**

**Habe meine Tätigkeit wieder aufgenommen und halte meine Sprechstunden wieder persönlich inne.**

**A. Loewenstein, Zahnatelier,**

**Oldenburg i. Gr., Bahnhofstr. 151 Eingang Rosenstr.**

**Der Kraftwagenführerberuf.**

**Wer nach Friedensschluß diesen ausserordentlichen Beruf ergreifen oder selbst ein eigenes Auto lenken will, verlange jetzt schon ausführendes Buch darüber von der**

**Todes-Anzeige.**

**Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, heute morgen 10 Uhr meinen lieben Mann, unseren guten, lieben Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, den Kolon**

**Joseph Suhrenbrod**

**zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.**

**Er starb nach kurzer, mit großer Geduld ertragener Krankheit, wohl vorbereitet durch einen erst kürzlich erfolgten Lebenswandel und gestärkt durch den Empfang der heil. Sacramente, im Alter von 62 Jahren, ergeben im Herrn.**

**In tiefer Trauer Frau Suhrenbrod nebst Kindern u. Angehörigen.**

**Neulinghof, franz. Gefangenschaft, Wöstenböden, Neuenkirchen, fl. Dreieck, 30./12. 1918.**

**Sollt jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten haben, so bitten wir diese als solche ansehen zu wollen.**

**Todes-Anzeige.**

**Gott dem Allmächtigen hat es in seinem Rathschlusse gefallen, gestern nachmittags 2 Uhr unsern innigstgeliebten Vater, Onkel und Schwager, den**

**Hermann Bergmann**

**zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.**

**Er starb nach längerer, mit großer Geduld ertragener Krankheit im Alter von 75 Jahren.**

**Am 4. Januar, morgens 9 1/2 Uhr in Oldenburg, wozu Verwandte und Bekannte hiermit eingeladen werden.**

Nach vielfähriger Tätigkeit, zuletzt über sechs Jahre als Militärarzt der kaiserlichen Universitätsklinik in Freiburg unter Chef Rat Professor Krause, während des Krieges gleichzeitig als Chirurg am dortigen Kriegslazarett, habe ich mich in Oldenburg als

**Spezialarzt f. Chirurgie und Orthopädie**

**niederzulassen. Sprechstunden 10—12, 3—4 Uhr. Telefon wird erst angelegt.**

**Dr. med. Croné-Münzebrock, Spezialarzt für Chirurgie und Orthopädie.**

**Zu verkaufen:**

**ca. 5 000 Cement-Falzziegel „Marie Columbus“,**

**ca. 30 000 Ziegelfeine, ca. 1 000 Meter Latten sowie diverse Bauhölzer, eiserne Fenster, Pumpe usw.**

**Angebote unter Z. 7 an die Geschäftsstelle d. Bl.**

**Todes-Anzeige.**

**Wir erhalten die tieftraurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, unser guter Bruder, Schwager und Onkel, der**

**Ludwig Sieverding**

**im Bereichslazarett zu Marburg, nach kurzer, heftiger Krankheit, gestirbt durch die Gnademittel der hl. Kirche im blühenden Alter von 27 Jahren gestorben ist, nachdem er 4 1/2 Jahre alle Strapazen des Krieges mitgemacht hatte.**

**Am ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten Die tiefbetrübteten Eltern und Geschwister.**

**Westerhof, Wulfenau und französl. Gefangenschaft, den 1. Januar 1919.**

**Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 4. Januar, morgens 10 Uhr in Batum statt.**

**Sollte jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten haben, so bitten wir diese als solche ansehen zu wollen.**

**Todes-Anzeige.**

**Gott dem Allmächtigen hat es in seinem Rathschlusse gefallen, gestern nachmittags 2 Uhr unsern innigstgeliebten Vater, Onkel und Schwager, den**

**Hermann Bergmann**

**zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.**

**Er starb nach längerer, mit großer Geduld ertragener Krankheit im Alter von 75 Jahren.**

**Am 4. Januar, morgens 9 1/2 Uhr in Oldenburg, wozu Verwandte und Bekannte hiermit eingeladen werden.**